294

299

A N D E S R A T
des
SAARGEBIETES.

II. Wahlperiode / 31. Sitzung.
4. Sitzungsperiode 1926 (1).

STENOGRAPHISCHER BERICHT

über die am Montag, den 22. November 1926 im Neuen Sitzungssaal des Rathauses der Stadt Saarbrücken stattgefundene Sitzung des Landesrates.

Der stellv. Vorsitzende, Mitglied Scheuer (Z)-St. Ingbert, eröffnet um 10 Uhr 25 Minuten die Sitzung.

Seitens der Regierungs-Kommission ist anwesend:

Herr Oberregierungsrat Dr. H e i m , als Staatskommissar.

Von den Mitgliedern fehlen entschuldigt die Herren:

Albert (M.P.)-Altheim; Kratz (Z)-Neunkirchen; Seiwert (Z)-Merzig.

-o-

Vorsitzender: Meine Herren! Mit Erlaß vom 11. November ds. Js. hat der Herr Präsident der Regierungskommission die vierte Sitzungsperiode 1926 anberaumt. Der Vorstand des Landesrates hat daraufhin Sie für heute zur 1. Vollversammlung eingeladen.

Bevor wir in die Sitzung eintreten, hat der Herr Abgeordnete Levacher das Wort zur Abgabe einer Erklärung.

Abg. Levacher (Z): Meine sehr verehrten Herren! Die Politik von Locarno, die der Landesrat begrüßt hat, hat über Genf und Thoiry zu Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich geführt, an denen das Saargebiet das allergrößte Interesse, nämlich das Lebensinteresse hat. Ich bin von der Zentrumsfraktion, von der Sozialdemokratischen Fraktion und von der Fraktion der Deutsch-Saarländischen Volkspartei beauftragt worden, folgende

E R K L Ä R U N G

abzugeben:

" Das Saargebiet begrüßt auf das aufrichtigste die Annäherung zwischen dem deutschen Vaterlande und Frankreich. Es ist davon überzeugt, daß die Befriedung Europas und die Zukunft der beiden großen Länder davon abhängt, daß die Streitpunkte zwischen ihnen endlich beseitigt werden. Einer derwesentlichsten ist die Frage des Saargebietes. Der Landesrat, als

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4

als die gewählte Vertretung des Saarvolkes, hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsche der Bevölkerung feierlichst Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde. "

(Bravo - Rufe!)

Abg. Reinhard (K.P.): Ich bitte um's Wort!

Vorsitzender: Wir haben in der Fraktionsführerbesprechung beschlossen, daß die Aussprache .....

Abg. Reinhard (K.P.): Ich bitte um's Wort!

(Glocke des Vorsitzenden!)

Vorsitzender: Herr Reinhard, ich kann Ihnen aufgrund der getroffenen Abmachungen das Wort nicht geben.

Abg. Reinhard (K.P.): Wir lassen uns nicht vergewaltigen!

(Glocke des Vorsitzenden!)

Vorsitzender: Herr Reinhard, Sie haben sich in der Fraktionsführerbesprechung damit einverstanden erklärt, daß in der Weise, wie ich sie handhabe, verfahren wird.

Abg. Reinhard (K.P.): Ich bitte um's Wort!

Vorsitzender: Dann muß ich zuerst das Haus fragen, ob Ihnen das Wort gegeben werden darf.

Abg. Reinhard (K.P.): Herr Vorsitzender, ich protestiere gegen diese Frage. Unserer Partei steht dasselbe Recht zu, wie den übrigen Parteien.

(Glocke des Vorsitzenden!)

Abg. Hoffmann (S.P.): Ich glaube, der Herr Vorsitzende irrt sich. Was Herr Reinhard vorbringen will, handelt von den Saargruben.

Vorsitzender: Wird das Wort noch gewünscht? Es ist nicht der Fall.

Dann frage ich das Haus, ob der Herr Abgeordnete Reinhard das Wort erhalten soll?

Widerspruch erhebt sich nicht! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Meine Herren! Die Handlungsweise des Herrn Vorsitzenden reiht sich würdig an die Erklärung an, die von den übrigen Parteien zwecks Befreiung des Saargebietes abgegeben wurde. Wenn man dazu übergeht, daß man einer Partei das Wort verbietet,.....

(Glocke des Vorsitzenden!)

Vorsitzender: Ich kann das unmöglich zugeben. Sie wissen genau, daß davon gar keine Rede war, sondern, daß es sich um die Abmachung handelt. Sie wollten in der Frage der Saargruben eine gemeinsame Erklärung ausarbeiten und waren selber damit einverstanden, daß diese Frage nachher gemeinsam besprochen werden soll. Ich lasse es nicht zu, daß Sie sagen, ich würde Ihnen das Wort verbieten. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Hause jede Partei dieselbe Freiheit hat wie die andere.

Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

Abg. Reinhard (K.P.): Wir haben erklärt, daß wir mit den übrigen Parteien keine gemeinsame Erklärung abgeben können, da wir nachweisen, daß die übrigen Parteien mit den französischen Unternehmern Verhandlungen pflegen, die sich zur Unterdrückung des Saarvolkes gestalten. Aus diesen Gründen wehren wir uns gegen die Verschacherung der Saargruben.

Der Sprecher der übrigen Parteien hat erklärt, daß die Politik seit Locarno dazu geführt habe, daß wir nun vor der Tatsache ständen, daß die Befreiung des Saargebietes oder dessen Anschluß an das Reich vollzogen werden könne. Dazu haben wir folgendes festzustellen:

Die Politik von Locarno ist lediglich die Fortsetzung der Politik des Imperialismus in der Richtung des geschlossenen Zusammenschließens des Kapitals, um Sowjetrussland zu bekämpfen, auf der einen Seite, auf der anderen Seite hat man damit das Ziel verfolgt, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, und zwar speziell die Arbeiterklasse des Saargebietes. Die Erklärung der übrigen Parteien verlangt oder sagt, daß diese Dinge begrüßt werden müssen. Dazu haben wir festzustellen einmal, im Saargebiet werden die Arbeiter ausgebeutet von dem verbündeten deutsch-französischen Kapital. Die Aktien der Schwerindustrie liegen in den Händen von deutsch-französischen Unternehmern. Und heute sind schon Bestrebungen im Gange, daß auch die Saargruben formell verkauft werden sollen, um einem Konzern von deutsch-französischen Unternehmern in die Hände gespielt zu werden. Wenn nun die Leute, die diese Ziele verfolgen, dann noch hierher kommen und es wagen, von der Befreiung des Saargebietes zu reden, wenn sie das Ziel verfolgen, daß aus den Knochen der Arbeiterschaft das Geld herausgeschunden werden soll, um die Gruben zu kaufen, damit sie sie gemeinsam ausbeuten können, und wenn dann andererseits hier betont wird, das bedeute eine Befreiung, so sehen wir an den praktischen Tatsachen, daß das die weitere Unterdrückung der Arbeiter bedeutet. Karl Marx hat schon gesagt: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein."

Und wenn die Sozialdemokraten auch hierher kommen und diese Ziele verfolgen, dann haben sie längst die Lehre von Karl Marx hinter sich gelassen. Diese Politik der übrigen Parteien werden wir niemals unterstützen. Wir lehnen sowohl die Reparations- als auch die Sanktionslasten gegenüber der Sieger wie auch der Besiegten ab. Wir haben uns bisher gewehrt und werden uns auch ferner wehren gegen die Politik, wie sie bisher durchgeführt worden ist, die es sogar soweit gebracht hat, daß heute nicht nur das Saargebiet, sondern ganz Deutschland eine demagogische Kolonie geworden ist. Und die weitere Verfolgung der Verhältnisse zeigt uns, daß das Ziel dieser endlich dazu führt, daß die Arbeiterschaft in wirtschaftlicher Hinsicht vollständig niedergeschlagen wird. Wir geben deshalb im Namen der Kommunistischen Fraktion eine Erklärung ab, die diese Dinge aufzeigt:

"Die

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4

" Die Bündnispolitik der deutsch-französischen Bourgeoisie wird konsequent weitergeführt. Der Abschluß des Saarabkommens und die Gründung von internationalen Kartellen durch deutsche und französische Konzerne sind der beste Beweis dafür.

Für die Arbeiterschaft des Saargebietes ist diese Entwicklung von großer Bedeutung. Während auf der einen Seite das verbündete deutsch-französische Unternehmertum Riesenprofite aus der Arbeiterschaft herauszieht, gelingt es andererseits den Sozialdemokraten immer wieder, einen Teil der Arbeiterschaft hinter die kapitalistischen Räuberpläne zu bringen. Unter der Losung, daß das Saargebiet in absehbarer Zeit wieder Deutschland angegliedert würde, suchen sie den Arbeitern klar zu machen, daß dadurch die politische Freiheit des armen geknechteten Saarvolkes wieder hergestellt sei. In Wirklichkeit soll lediglich der deutsche Staat die Saargruben zurückkaufen, um sie einem deutsch-französischen Konzern zur Ausbeutung zu überlassen. Mit diesem Ziel soll dasselbe erreicht werden, was heute schon bei der Schwerindustrie zur Tatsache geworden ist. Deutsche und französische Kapitalisten haben sich vollständig geeinigt, um sich in die Ausbeutung der Arbeiterklasse des Saargebietes zu teilen. Dieses hindert selbstverständlich die deutschen Kapitalisten nicht im geringsten, durch ihre Parteien über die Unterdrückung des Saarproletariats durch den "Erbfeind" zu jammern. Gleichzeitig wird natürlich hinter den Kulissen mit demselben "Erbfeind" um die Haut des Saarproletariars gekuhhandelt.

Die Kommunistische Partei als die Vertreterin der Arbeiterklasse erhebt den schärfsten Protest gegen die Räuberpläne des verbündeten deutsch-französischen Kapitals. Wir rufen die gesamte Arbeiterklasse des Saargebietes auf, geschlossen gegen ihre Unterdrückung den Kampf aufzunehmen. Die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland darf unter keinen Umständen durch die Verschacherung der Saargruben erkauft werden. Die Kommunistische Partei hat niemals ihre Zustimmung zu dem Raubvertrag von Versailles gegeben, durch welches das Saargebiet durch den französischen Imperialismus zur Kolonie gemacht wurde.

Wir fordern deshalb den sofortigen Anschluß des Saargebietes an das Reich. Gemeinsam mit der deutschen Arbeiterklasse werden wir aber nach wie vor den Kampf führen zur Beseitigung des kapitalistischen Staates.

Nieder mit den Räuberplänen der deutsch-französischen Bourgeoisie!

Nieder mit dem Vertrag von Versailles!

Nieder mit dem kapitalistischen Völkerbunde!

Nieder mit der Sanktions-, Reparations- und Dawespolitik, sowohl für die Besiegten wie die Siegerstaaten!

Es lebe die Einheitsfront des Saarproletariats zum Kampfe gegen seine Unterdrücker! "

(Bravo-Rufe!)

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

Vorsitzender: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein, welche lautet:

I. Wahl der Beisitzer des Vorstandes.

II . Bildung der Kommissionen.

III. Begutachtung der Verordnungsentwürfe betr.

1) Abänderung der Verordnung betr. Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Saargebiet;.

2) Feingoldhypotheken;

3) steuerliche Behandlung von Waren bei der Einfuhr in's Saargebiet;

4) Abänderung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung;

5) Verkauf von Betriebsstoffen;

6) Besteuerung ausländischer Kraftfahrzeuge;

7) Abänderung des § 4 der Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30.5.1887.

Wir beginnen mit der Wahl der Beisitzer des Vorstandes. Die Wahl hat schriftlich zu erfolgen. Die Wahlzettel sind verteilt. Wenn Vorschläge gemacht werden sollen, bitte ich Sie, sich zum Wort zu melden.

Nach Einsammlung der Stimmzettel verliest der Vorsitzende die Stimmen. Es entfallen auf den bisherigen Beisitzer B e t z 25 Stimmen; auf den bisherigen Beisitzer E i f l e r 11 Stimmen. Damit sind die beiden Herren wiedergewählt.

Wir kommen dann zu <u>Punkt II</u>

<u>Bildung der Kommissionen.</u>

Es ist vorgeschlagen, die Kommissionen in ihrer bisherigen Besetzung zu belassen. Widerspruch erhebt sich nicht. Ich stelle Ihr Einverständnis fest.

Wir kommen dann zu <u>Punkt 1</u> der Tagesordnung betr. Begutachtung des Verordnungsentwurfes betreffend

<u>Abänderung der Verordnung betr. Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Saargebiet</u>.

Es handelt sich hier um die Übernahme einer reichsgesetzlichen Bestimmung. Durch eine Fühlungnahme mit den einzelnen Parteien hat sich ergeben, daß sich eine Kommissionsberatung erübrigt und daß die Vorlage heute verabschiedet werden kann.

<u>Wenn</u>

A4

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die einstimmige Annahme des Entwurfes fest.

Es ist ferner vorgeschlagen, die übrigen Vorlagen wie folgt in die Kommissionen zu verweisen:

Punkt 2:	Feingoldhypotheken	in die 3.u.5.Kommission,
" 3:	steuerliche Behandlung von Waren bei der Einfuhr in's Saargebiet	in die 1. Kommission
" 4:	Abänderung des Gesetzes betr.die Gesellschaften mit beschränkter Haftung	in die 3.u.5.Kommission
" 5:	Verkauf von Betriebsstoffen	in die 3.u.5.Kommission
" 6:	Besteuerung ausländischer Kraftfahrzeuge	in die 1. Kommission
" 7:	Abänderung des § 4 der Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30.5.1887	in die 4.u.5.Kommission.

Wenn das Wort nicht gewünscht wird, nehme ich an, daß die Herren damit einverstanden sind.

Zur Vorbereitung und Ordnung der Anträge lasse ich nunmehr eine Pause bis 11 Uhr 15 Minuten eintreten.

Pause von 10 Uhr 40 Min. bis 11 Uhr 15 Min.

Nach der Pause -11 Uhr 15 Min.-

Vorsitzender: Meine Herren! Zur Tagesordnung habe ich noch mitzuteilen, daß morgen Nachmittag 3 Uhr die Rechts- und Wirtschaftskommission und übermorgen, Mittwoch, die Steuerkommission zur Beratung sämtlicher Vorlagen zusammentreten. Sitzungssaal ist das Zimmer 124 im Rathaus.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Das Wort hat der Herr Abg. Levacher!

Abg. Levacher (Z): Meine Herren! Ich möchte zu der Auseinandersetzung zwischen dem Herrn Vorsitzenden und Herrn Reinhard sagen, daß wir der Ansicht sind, daß vereinbart war, zunächst die gemeinsame Erklärung abzugeben. Was Herr Reinhard vorbrachte, sollte erst nach der Pause geschehen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß es der Zentrumsfraktion und dem Herrn Vorsitzenden ferngelegen hat, Herrn Reinhard das Wort zu entziehen.

Vorsitzender: Ich stelle fest, daß Herr Reinhard nicht zur allgemeinen Lage, sondern zur Grubenfrage gesprochen hat und sich infolgedessen nicht an die Abmachungen gehalten hat. Ich will nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Beschränkung der Redefreiheit nicht die Rede sein kann.

Das Wort hat der Herr Abg.Hoffmann!

Abg.

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4 I

300
305

Abg. Hoffmann (S.P.): Meine Herren! Ich habe auch zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Wir hatten eine Fraktionsführerbesprechung. In dieser Fraktionsführerbesprechung haben wir uns verständigt, daß man zuerst eine allgemeine Erklärung abgeben sollte wegen der politischen Vorgänge, die die Saarbewohnerschaft sehr interessieren. Herr Reinhard hatte dagegen Bedenken erhoben, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Er hat sich aber nach längerem Hin- und Herreden bereit erklärt, mit dieser allgemeinen politischen Erklärung einverstanden zu sein, verlangte aber, daß er eine kommunistische Erklärung dazu abgeben könne. In der Saargrubenfrage war die Sachlage die, daß auf Grund meiner Anregung auch in dieser Frage eine Erklärung abgegeben werden sollte, da wir uns natürlich auch gegen eine Privatisierung der Saargruben wenden. Herr Reinhard regte an, daß diese Erklärung eine gemeinsame sein sollte, damit der gesamte Landesrat sich gegen diese Maßnahme aussprechen könnte. Nachdem diese Aussprache stattgefunden hatte, frug ich dann: "Meine Herren, wir müssen noch einen Mann bestimmen, der diese gemeinsame Erklärung in den Saargrubenfragen ausarbeitet." Herr Reinhard erklärte darauf:"Ich übernehme es, diese Erklärung auszuarbeiten!" Herr Schmelzer wies dann darauf hin, er bitte den Herrn Reinhard, daß er diese Erklärung nicht allzu scharf im kommunistischen Sinne ausarbeite, sondern sie als gemeinsame Erklärung zu behandeln. Herr Reinhard hat dagegen keine Bedenken geäußert. Nachdem er damals noch erklärt hatte: "Ich werde die Erklärung ausarbeiten und sie Ihnen vor dem Sitzungstage noch zusenden", sind wir auseinandergegangen in der Hoffnung, daß die Erklärung in der Saargrubenfrage von Herrn Reinhard ausgearbeitet wird. Die andere Erklärung von Herrn Levacher und diese beiden Erklärungen sollten heute morgen in der Fraktionsführerbesprechung nochmals durchgesprochen werden. Heute vormittag in der Vorbesprechung ist dann die Erklärung des Herrn Levacher durchberaten worden. Wir waren einmütig der Ansicht, daß die Erklärung abgegeben werden sollte. Herr Reinhard erklärte jedoch, er müsse dazu noch etwas sagen. Wir haben das auch zugegeben. Wir haben dann erklärt, daß auch unsere Partei in ihrer Fraktion beschlossen hat, zu der Saargrubenfrage Stellung zu nehmen. Und das Endergebnis war: Herr Reinhard nimmt die politische Erklärung zur Kenntnis und gibt dann eine Protesterklärung ab. Wenn er zu dieser Frage spricht, sprechen auch wir dazu. Heute morgen haben wir gesehen, daß Herr Reinhard keine politische Erklärung abgab, sondern eine Protesterklärung in der Saargrubenfrage, die erst später ausgearbeitet werden solle.

Ich muß betonen, daß heute morgen Herr Reinhard kam und keine Erklärung in der Saargrubenfrage hatte. Er hatte auch keine Erklärung den einzelnen Fraktionen zugesandt, sondern er brachte eine kommunistische Protesterklärung gegen die Levacher'sche Erklärung, also keine gemeinsame oder Parteierklärung, sondern einen Protest der Kommunistischen Fraktion vor, in dem er dann noch allerhand Redewendungen benutzt. Jedes Kind kann sehen, daß diese Handlungsweise der Kommunistischen Fraktion nur eine Mache ist, um

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

um die anderen Parteien zu überrumpeln. Es kann nicht angehen, daß, wenn die Fraktionsführer zusammengekommen sind, und von Herrn Reinhard die Zusage gemacht worden ist, diese Erklärung auszuarbeiten, er aber nachher kommt, legt keine Erklärung vor, sondern nur einen Protest der Kommunistischen Partei. Dagegen legen wir Verwahrung ein. Die Kommunistische Fraktion begeht damit den schlimmsten Vertrauensbruch, der nach meinem Dafürhalten nur begangen werden kann.

Ich betone, daß unsere Partei auf dem Standpunkt steht, daß zu allen Fragen, die in den letzten Wochen und Monaten akut geworden sind und die das Saargebiet interessieren, der Landesrat noch einmal Stellung nehmen muß. Wir wollten auch heute eine Aussprache, haben uns aber entschlossen, unseren Standpunkt später zu erläutern. Unsere Partei steht auf dem Standpunkt, daß die Saargruben nach der Rückgabe des Saargebietes an Deutschland genau so staatliche Gruben bleiben sollen und müssen, wie sie es vor dem Kriege gewesen sind. Diesen Antrag werden und müssen Sie vertreten, und Sie haben ja in der Fraktionsführerbesprechung bereits dazu Stellung genommen. Wir brauchen keine schriftliche Erklärung abzugeben und werden uns vorbehalten, in einer demnächst stattfindenden Sitzung zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Eifler!

Abg. Eifler (K.P.): Meine Herren! Wenn auch Abmachungen getroffen worden sind, so ist es doch nicht stichhaltig, zu sagen, wir hätten Vertrauensbruch usw. begangen. Ich darf behaupten, daß wir als Kommunisten mit den übrigen Parteien niemals Abmachungen treffen können. Wenn uns nachgesagt wird, wir hätten einen Vertrauensbruch begangen, so sind uns hierin die übrigen Parteien würdig vorangegangen, auch die Sozialdemokraten.

Wir legen Verwahrung dagegen ein, daß eine Abstimmung getroffen wird, nach welcher eine Partei eine Erklärung abgeben darf zu einer hochpolitischen Frage und einer anderen Partei das Wort abgeschnitten wird. Ich war nicht in der betreffenden Fraktionssitzung und könnte aber auch nicht verstehen, daß ein Genosse dazu übergegangen wäre, Ihnen zu versprechen, eine gemeinsame Erklärung auszuarbeiten. Wir Kommunisten haben den festen Standpunkt vertreten, mit den anderen Parteien keine gemeinsamen Erklärungen auszuarbeiten und abzugeben. Es ist unmöglich, daß Herr Reinhard Ihnen das versprochen hat.

(Zuruf des Abg. Petri: "Herr Reinhard hat vielleicht eine schwache Stunde gehabt!")

Wenn Sie nicht so viel schwache Stunden hätten, dann wäre die Kommunistische Partei nicht so stark. Lediglich in Ihren schwachen Stunden haben wir unsere Stärke.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4 I

Abg. Reinhard (K.P.): Der Herr Hoffmann hat in längeren Ausführungen versucht, klarzulegen, daß die Kommunistische Fraktion einen Vertrauensbruch begangen hätte. Ich stelle dazu fest, daß das nicht richtig ist. Wir haben noch in der Fraktionsführerbesprechung vor Beginn der Sitzung darüber gesprochen. Ich habe den Herren erklärt, daß meine Erklärung, also die Erklärung betr. der Saargruben und betr. der politischen Haltung unserer Partei in Fragen des Saargebietes anstatt der Bezeichnung "Erklärung der Kommunistischen Fraktion" die Bezeichnung "Erklärung des Landesrats" tragen soll. Das habe ich ausdrücklich vorgeschlagen. Auch Sie waren zugegen, Herr Hoffmann. Ich habe damit ohne weiteres zum Ausdruck gebracht, was ich Ihnen vorher in der Fraktionssitzung gesagt habe. Das ist selbstverständlich, daß wir als Kommunistische Fraktion in den Fragen betreffend die Saarregierung überhaupt eine eigene Meinung gegenüber den anderen Parteien vertreten. Und diese Meinung, die wir vertreten, basiert auf den Tatsachen. Die allgemeinen, reellen politischen Tatsachen, wie sie sich entwickeln, die können allein für eine Partei der Arbeiterklasse maßgebend sein. Aber nicht, wie das hier geschehen ist, daß eine Partei eine Entschließung abgeben will über die Befreiung des Saargebiets, wo dieselbe Partei auf der anderen Seite mit der herrschenden Klasse Fragen, die das Saargebiet zur Kolonie des internationalen Kapitals machen sollen, behandelt. Eine derartige Selbstentmannung wäre ein verantwortungsloses Handeln an der Arbeiterschaft. Das lehnen die Kommunisten ab. Wir hätten erwartet, daß die Sozialdemokraten in dieser Frage einen Standpunkt eingenommen hätten, der sich mit der Klassenfrage des Arbeiters im Saargebiet deckt. Oder glaubt Herr Hoffmann, daß der Herr Röchling einen anderen Standpunkt einnahm, weil Herr Dr. Silberberg erklärt hat in seiner Rede, daß nun die Arbeiter zum Staate kommen müßten. Wir sind der Meinung, daß es die bürgerlichen Parteien treffend verstehen, die sozialdemokratische Partei und damit einen Teil der Arbeiterschaft, hinter ihrem Karren herzuziehen. Derartige Bestrebungen müssen wir als Kommunisten bekämpfen. Wir sind jederzeit bereit, mit der Sozialdemokratie gemeinsam zu kämpfen. Wir lehnen es aber ab, mit den Leuten zu gehen, die bis 1918 geschrieen haben: "Wir müssen Longwy und Brie haben!" Heute haben die Franzosen Longwy und wir haben die Brie.

(Heiterkeit!)

Wir können keine gemeinsame Sache machen mit Parteien, die sich jetzt nur zum Schein einen schönen Friedensmantel umgehängt haben. Wir wissen, wie der Mantel aussieht, wenn die Rückkehr an Deutschland vollzogen ist. Drüben liegen die Leute auf der Straße und Sie wollen haben, daß wir mit Ihnen gemeinsame Sache machen.

Wir als Kommunisten werden nach wie vor den schärfsten Kampf führen gegen die Unterdrücker der Arbeiterschaft. Kein anderer als Karl Marx hat gesagt: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!"

(Bravo-Rufe bei den Kommunisten!)

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4 I

Vorsitzender: Ihre Äußerungen, Herr Reinhard, ändern aber nichts an der Tatsache, daß Sie erklärt haben, diese Erklärung den Parteien zuzustellen. Statt dessen haben Sie den Parteien nichts zugesandt, sondern kamen heute vor der Sitzung mit einer Erklärung der Kommunistischen Fraktion.

Das Wort hat der Herr Abg. Dr.Sender!

Abg. Dr.Sender (S.P.): Meine Herren! Zu den Ausführungen des Herrn Reinhard. Herr Reinhard hat den Protest vorgelegt. Es braucht der Öffentlichkeit wohl nicht bekanntgegeben werden, daß wohl keine Partei eine Freundin der Verschacherung der Gruben wäre. Wenn Herr Reinhard das Gegenteil sagt, so irrt er sich nicht allein, sondern er irrt sich bewußt. Es wird Herrn Reinhard wohl bekannt sein, daß von unserer Seite in der schärfsten Weise gegen eine Verschacherung Front gemacht wird. Wenn Herr Reinhard einen Protest abgibt, den er zu einem gemeinsamen hat machen wollen und dazu die Zustimmung der Sozialdemokratie fordert, so kann ich sagen, daß er uns außerordentlich unterschätzt. Diese kleine Unverschämtheit werden wir uns nicht gefallen lassen. Es geht nicht an, daß man eine gemeinsame Erklärung abgibt und eine Partei ergeht sich dann darüber in Beschimpfungen, obwohl es tiefbedauerlich ist, daß diese internen Vorgänge hier erörtert werden müssen.

Meine Herren! Es wird letzten Endes darum gestritten,-und es ist von Herrn Eifler ausgeführt worden-, wer der größte Betrüger ist. Wenn von einer Vereinbarung die Rede ist, dann hat die Kommunistische Partei sicherlich den Trumpf AB ausgespielt. Worüber streiten wir uns, meine Herren? Wollen Sie, daß das Saargebiet an Deutschland zurückkehrt oder wollen Sie es nicht? Oder hat die Kommunistische Fraktion diese Frage verneint? Was wollen die Herren Kommunisten eigentlich? Diese Aktion könnten sie unterschreiben, darüber herrscht nicht der geringste Zweifel. Wir werden auch Herrn Reinhard die Zusammenhänge einer etwaigen Verschacherung der Saargruben zur Kenntnis bringen. Hoffentlich tut jeder das Beste für das Saargebiet, und das soll das Motto unserer Verhandlung sein!

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Dr.Röchling!

Abg. Dr.Röchling (D.S.V.):

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4 I

Abg.Dr.Röchling (D.S.V.): Meine Herren! Wer hier den Vertrauensbruch begangen hat, das liegt klar zutage. Herr Eifler hat selbst erklärt: "Wir haben kein Vertrauen zu Ihnen". Mein Vertrauen zu Ihnen, Herr Reinhard, ist auch nicht größer.

(Zuruf: "Das freut mich!")

Ich habe Sie noch nie so hoch geschätzt. Ich habe nur einmal Vertrauen zu Ihnen gehabt. Das war noch drüben im alten Gebäude. Sie erinnern sich vielleicht noch, daß ich zu Ihnen sagte: "Herr Reinhard, Sie sind eigentlich ein ganz anständiger Kerl!" Das hat damals erstaunlich auf Sie gewirkt. Heute halte ich nicht mehr sehr viel von Ihnen. Sie haben sich offenbar sehr stark verändert.

(Zuruf des Abg.Reinhard: "Wir haben Ihnen noch niemals Vertrauen entgegengebracht!")

Ich lege auch keinen Wert mehr auf Ihr Vertrauen.

Meine Herren! Die Sache liegt ja hier verhältnismäßig einfach. Wir hatten verabredet, daß wir eine gemeinsame Erklärung loslassen wollen. Herr Reinhard hat sich der Sache anfänglich angenommen und sich ihr nachher entzogen. Er sucht eben bei jeder Gelegenheit eine besondere Rolle zu spielen, und das war hier nicht möglich. Dabei ist es ihm ganz Wurscht, ob das in unsere Moral hineinpasst. Die Kommunisten haben ja eine andere, und zwar eine ganz andere. Aber die grosse Masse der Saarbevölkerung, die versteht ein derartiges Spiel, wie es die Kommunisten hier aufführen, nicht und wird es nicht verstehen. Denn die Leute haben ein ganz anderes Gefühl, wie es Herr Reinhard hat. Die Leute hängen am Vaterlande und an den ganzen Dingen, die er verspottet. Und darin liegt ein großer Unterschied. Aber eins möchte ich doch sagen: Der Herr Reinhard hat hier zuerst eine große Rede gehalten über die Räuber-Bourgeoisie und all die anderen hübschen Sachen. Das ist alles reine Phantasie! So wie die Dinge heute liegen, gibt es niemand hier im Saargebiet -mit Ausnahme vielleicht von Herrn Reinhard-, der nicht der Meinung wäre, daß die Saargruben in den Besitz des preußischen und bayrischen Staates zurückkehren müssen.

(Zuruf des Abg.Reinhard: "Wie paßt denn das in Ihre kapitalistische Anschauungsweise, Herr Röchling? Reden Sie einmal weiter; das wird ganz interessant!")

Das glaube ich auch, daß es interessant wird; es ist sogar möglich, daß Sie noch etwas lernen. So wie die Dinge liegen, ist die Sache sehr einfach. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ein Verdienst der Arbeiterschaft ist, insbesondere der Bergleute, daß wir bisher den Kampf gegen den französischen Staat gewonnen haben, und dieses Verdienst beruht in der Hauptsache in der ausgezeichneten Politik des preußischen und bayrischen Staates, die vor dem Kriege getrieben wurde.

(Unverständliche Zwischenrufe des Abg.Reinhard!)

(Glocke des Vorsitzenden!)

Der

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4 I

Der preußische und der bayrische Staat haben die Leute seßhaft gemacht und haben ihnen die Möglichkeit gegeben, sich hier zu halten. Wäre nun eine Arbeiterschaft hier gewesen, die nicht seßhaft war, wäre der Kampf schwieriger geworden. Ich bin überzeugt, daß es ein verkehrter Streich wäre, wenn irgendwie versucht werden sollte, hier an der Grenze den preußischen Staat hinsichtlich des Besitzes der Saargruben auszuschalten. Ich kann auch sagen, daß meine Fraktionskollegen diese Auffassung teilen. Wenn Herr Reinhard die Sache nicht glaubt, kann ich ihm nicht helfen.

(Zuruf des Abg. Reinhard: "Wir glauben Ihnen nicht!")

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kiefer!

Abg. Kiefer (Z.): Meine Herren! Wir sind hier in eine interessante Debatte hineingeraten. Wir von der Zentrumspartei legen gar kein Gewicht darauf, wie wir von den Kommunisten beurteilt und zensiert werden. Uns kommt es vielmehr darauf an, praktische Arbeit zu leisten.

Was die Debatte betr. Gruben angeht, so glauben wir, daß durch sie der Sache nicht gedient wird. Es werden heute Dinge in die Diskussion geworfen, die man besser noch nicht besprochen hätte. Glauben Sie bestimmt, Herr Reinhard, daß uns die Sorge um das Schicksal der Gruben genau so bewegt, wie Sie. Nur machen Sie sich die Sache sehr leicht, indem Sie die Zustände hinstellen, wie sie sein sollen und von hier aus ihre Schlußfolgerungen ziehen. Wir aber müssen zusehen, wie die Zustände sind, um von hier aus unser praktisches Wirken einzustellen. Wir haben den Versailler Vertrag und die Abtretung der Gruben auch nicht gewollt; diese Zustände mußten wir hinnehmen. Sie sagen einfach, das erkennen wir nicht an; wir sind daher auch gegen einen Rückkauf der Gruben. Wir haben nicht die Macht, den Versailler Vertrag umzuwerfen, weshalb wir von den Tatsachen ausgehen müssen, die er schuf. So haben wir also nicht die Macht, zu erwirken, daß Frankreich die Gruben Deutschland unentgeltlich zurückgibt. Wenn Sie sagen, daß Sie gegen den Rückkauf sind, dann heißt das doch bei der vorliegenden Sachlage, daß Frankreich sie behalten soll, weil Frankreich die Saargruben Deutschland eben nicht unentgeltlich zurückgibt. Daher dürfen wir die Dinge nicht so behandeln, wie sie sein sollen, sondern wie sie in Wirklichkeit liegen. Von hier aus ziehen wir die praktischen Schlußfolgerungen. Auch wir sind gegen jede Verschacherung der Saargruben. Wir treten dafür ein, daß die Saargruben wieder dahin kommen, wo sie herkamen: an den preußischen und bayerischen Staat. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir eine Wiederholung der "Aera Hilger" wünschen. Wir treten dafür ein, daß in der Verwaltung der Saargruben die Arbeitnehmer gebührend zur Geltung und Vertretung kommen.

(Zuruf des Abg. Reinhard: "Röchling hat Dich auf die Straße geworfen!")

Das stimmt. Ich kämpfte eben schon für die Arbeiterschaft, als andere Leute dazu den Mut nicht aufbrachten. Der Vorgang von damals darf aber doch niemals mein sachliches politisches Verhalten und Urteil trüben. Obschon ich in kommunistischen Versammlungen oft schlecht gemacht werde, so hielte mich das doch nicht davon ab, mit den Kommunisten -sofern sie dazu geneigt wären- zusammen zu kämpfen in politischen und nationalen Fragen, die das Wohl des ganzen Saarvolkes zum Ziele haben. Genau so hält mich, wenn Röchling geglaubt hat, mir gegenüber damals so handeln zu sollen, dieser Vorgang von einem sachlichen politischen Zusammengehen mit Röchling nicht ab, wenn das dem Saarvolke von Nutzen ist. Es ist doch so; wenn ich auch schon mit Röchling zusammen in Genf und Berlin war, dann ist Röchling doch geblieben, was er war, und ich, was ich war. So muß man eingestellt sein und handeln, dann dient man der Sache des ganzen Volkes.

Sie,

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

Sie, Herr Reinhard, müssen sich doch vergegenwärtigen; wenn man einem Gegner den Boden des Vertrauens untergraben will, dann muß man sich doch auch bewusst sein, daß man selbst um vieles besser sein muß als der Gegner, weil man sonst doch auch den Boden untergräbt, auf dem man selbst steht.

Ich möchte noch einmal anführen; wenn wir daran denken, daß die Gruben den alten Besitzern zurückgegeben werden, dann soll damit nicht gesagt sein, daß die alte Form wieder eingeführt wird, sondern, daß es so kommt, daß auch die Arbeiter ein Wort mitreden, alle Arbeiter ihr Brot finden und bessere Verhältnisse als früher zur Geltung kommen. Dieses Ziel gilt es zu erstreben mit gemeinschaftlicher Kraft und nicht mit gegenseitiger Bekämpfung.

Vorsitzender: Es liegt nun zunächst ein Antrag von der Kommunistischen Fraktion vom Juli vor. Herr Eifler, wollen Sie ihn bitte bekanntgeben.

Abg. Eifler (K.P.):

Der Landesrat wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, sämtliche Rücklagen der Versicherungsträger, welche durch die Inflation enteignet wurden, vollständig aufzuwerten.

Begründung:

Die Sozialrentenempfänger des Saargebiets befinden sich zur Zeit in einer grenzenlosen Notlage. Die angesammelten Rücklagen der Versicherungsträger wurden durch die Mark-Inflation enteignet. Es handelt sich in diesem Falle um die Beiträge, welche die Versicherten im Laufe der Jahrzehnte von ihrem Lohn gezahlt haben. Eine Erhöhung der Renten auf das Existenzminimum ist nur dann möglich, wenn die Reichsregierung diese Gelder den Versicherungsträgern zur Verfügung stellt. Da die Bevölkerung des Saargebietes sich geschlossen zu der deutschen Nation bekennt, ist es eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung, die berechtigten Forderungen der Sozialrentner anzuerkennen. Dieses ist umso eher möglich, da die Reichsregierung an Zollstundungen für die Industriellen des Saargebietes schon höhere Summen an die Aktionäre dieser Industrie verschenkt hat, wie die gesamten Rücklagen betragen, welche durch unseren Antrag bewilligt werden sollen.

Vorsitzender: Dazu hat die Sozialdemokratische Fraktion einen Vermittelungsantrag eingereicht. Herr Betz, bringen Sie ihn bitte zur Verlesung!

Abg. Betz (S.P.):

Der Landesrat wolle beschließen: Die Reichsregierung wird ersucht, sämtliche Rücklagen der saarländischen Versicherungsträger, welche durch die

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

die Entwertung der Mark entwertet wurden, vollständig aufzuwerten und die aufgewerteten Beträge zur Gewährung von Zuschüssen zu den Leistungen aus der Sozialversicherung des Saargebietes zu benutzen.

Begründung:

Die Rücklagen der Versicherungsträger wurden durch die Markinflation entwertet. In diesem Falle handelt es sich um Beträge, welche die Versicherten im Laufe der Jahrzehnte aufbringen mussten. Die Sozialrentner des Saargebietes befinden sich zurzeit in einer großen Notlage, sodaß ihnen unbedingt geholfen werden muß. Da die bei der Saarregierung gestellten Anträge diese große Notlage nicht beseitigten, erwarten wir, daß die Reichsregierung sich dieser Bevölkerungskreise des Saargebietes annimmt. Dies dürfte der Reichsregierung umso eher möglich sein, da dieselbe bereits für die Industriellen des Saargebietes weit höhere Summen für zu leistende Zölle gestundet bezw. nachgelassen hat.

Vorsitzender: Hat noch jemand etwas dazu zu sagen? Herr Hoffmann!

Abg. Hoffmann (S.P.): Ich hätte nur darauf hinzuweisen, daß unser Antrag inhaltlich dasselbe bedeutet wie der kommunistische Antrag, jedoch mit verschiedenen Abweichungen. Der kommunistische Antrag sieht vor, daß die Reichsregierung aufwerten soll und daß dieses aufgewertete Geld den Versicherungsträgern zugeführt werden soll. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß dann auch eine Rentenerhöhung Platz greift. Denn Sie wissen, was wir in der Praxis feststellten: Die Erhöhung der Leistungen ist nicht immer abhängig davon, welches Geld in der Kasse ist, sondern sie ist abhängig davon, wie die Gesetze gemacht werden. Die Gesetze liegen im Saargebiet in den Händen der Regierungskommission. Wenn nun die Aufwertung vom Reich durchgeführt würde und das Geld würde nach hier gebracht, dann müßte man immer noch ein großes Fragezeichen dahinter setzen, ob wirklich auch die Rentenempfänger das Geld bekämen. Darum sagen wir: Die Aufwertung soll vorgenommen werden, aber das Geld soll auch den Rentenempfängern zugeführt werden.

Des weiteren sagt der kommunistische Antrag in seiner Begründung: Eine Erhöhung der Renten auf das Existenzminimum ist nur dann möglich, wenn die Reichsregierung das Geld den Versicherungsträgern zur Verfügung stellt. Wenn sie den Versicherungsträgern das Geld zur Verfügung stellt, tritt die Erhöhung noch lange nicht ein, weil die Saarregierung zuerst die Gesetze ändern muß, wenn die Gelder aufgewertet werden. Die Erreichung des Existenzminimums ist

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4 I

ist damit nach meinem Dafürhalten auch nicht möglich, sondern die Gesetze müssen unbedingt geändert werden, damit eine baldige Erhöhung der Leistungen Platz greift. Wir haben auch nicht die Auffassung vertreten, daß die erhöhte Rentengewährung unmöglich sei, sondern wir vertreten die Auffassung, wenn die Industrie des Saargebietes dieselben Beiträge übernimmt, wie die Industrie im Reiche, dann wird auch dieselbe Rentenzahlung möglich sein. Man kann das so in der Begründung nicht sagen, indem man erklärt, die Rentenerhöhung ist nur dann möglich, wenn die Aufwertung beginnt. Denn dann glaubt man ja, daß alles, was die Regierung bisher gemacht hat, gut war. Sie ist im Reich möglich gewesen ohne Aufwertung und was im Reich möglich war, muß auch hier möglich sein. Die Erhöhung wäre möglich gewesen, wenn die Saarregierung die Gesetze den deutschen Gesetzen angepasst hätte. Darum haben wir auch den Antrag umgebaut, daß die Rentenempfänger etwas bekommen sollen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Herr Hoffmann hat sich der Mühe unterzogen und festgestellt, daß die Begründung unseres Antrages falsch sei. Wenn Herr Hoffmann sagt, daß es möglich wäre, daß die Renten auf das Existenminimum erhöht werden, wird zugegeben, daß auch die Aufwertung des Geldes nötig ist. Die Lasten für die Sozialversicherung, die die Arbeiterschaft des Saargebietes zu tragen hat, sind derartig groß, daß niemand in der Lage ist, höhere Beiträge zu zahlen. Die Erhöhung der Renten der Sozialrentner des Saargebietes bringt, ohne große Beratungen zu machen, eine Erhöhung der Beiträge auf das Dreifache. Die Beiträge sind nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern für die Arbeitgeber zu erhöhen. Wir als Kommunisten können uns nicht dafür einsetzen, daß die heute schon zu hohen Beiträge noch um das Dreifache erhöht werden. Wir begrüßen es, wenn die Sozialdemokratie uns entgegenkommt, aber sie hat Angst, sie käme in die Einheitsfront mit der kommunistischen Partei und glaubt deshalb, den Antrag abändern zu müssen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Wir reden hier so, als ob wir der Deutsche Reichstag seien und dessen Beschlüsse machen müßten. Es ist mit diesem Antrag genau wie mit der vorhergehenden Frage. Das Aufgreifen der Frage in dieser Form tut der Sache mehr Abbruch als Gutes. Wer gibt uns die Gewähr, daß die Dinge im Reich verwirklicht werden. So weist man auf die Not der Tentner hin, täuscht ihnen einen Hoffnungsstern vor, und wenn nichts in Erfüllung geht, schimpfen die Leute über das Vaterland. Es wäre viel besser gewesen, wenn die Durchführung dieser Dinge den Gewerkschaften überlassen worden wäre. Dort rechnet man mit

realen

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4 I

realen Tatsachen. Diese stehen in der Arbeit drin und sorgen dafür, daß mehr geschieht. Hätte man hier davon Abstand genommen, wäre der Sache mehr gedient, als so, wo man der Sache mehr Abbruch getan hat und der deutschen Regierung ihre Beschlüsse vorzuschreiben versucht.

Aus diesen Gründen stimmen wir keinem der beiden Anträge zu und gehen den praktischen Weg weiter wie bisher. Dadurch werden wir der Arbeiterschaft mehr dienen als mit solchen Agitationsanträgen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Ich erkläre hierzu nur kurz: Das ist wirklich kein Agitationsantrag, wenn man einen Antrag einbringt, daß den Leuten das Geld gegeben wird, wofür sie jahrzehntelang gearbeitet haben. Das verlangen wir. Und wenn man auf der anderen Seite 100 Millionen an Zollstundungen gewährt hat und sie letzten Endes geschenkt hat an die deutschen und französischen Industriebarone des Saargebietes, dann kann man wirklich von der Reichsregierung verlangen, daß den Rentenempfängern ihr Geld auf diese Weise zurückerstattet wird. Der Beweis, daß unser Antrag ein Agitationsantrag ist, wie der Herr Kiefer gesagt hat, wird wirklich schwer fallen. Eine derartige Bemerkung müssen wir zurückweisen, weil sie vollständig unbegründet ist. Sie haben es ja in der Hand, unserem Antrag die Möglichkeit zu geben, daß er Gesetz wird. Wenden Sie sich an Ihre Partei in Deutschland. Die müßte schon ohne weiteres dem Antrag zustimmen, damit endlich die Notlage der Rentenempfänger behoben wird. Es ist traurig, wenn man die armen alten Pensionäre sieht, wie sie auf der Chaussee arbeiten müssen. 40 Jahre haben sie dem preußischen Fiskus ihre Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, 40 Jahre haben sie Beiträge gezahlt, 40 Jahre gehungert, und diese Renten will man ihnen nun noch vorenthalten, indem man sagt, es würde doch nichts helfen, wenn man ihnen dieses Geld gibt. Jeder vernünftige Mensch muß zugeben, daß das helfen wird. In der Kommissionssitzung haben Sie gesagt: das wird in Deutschland eine Inflation heraufbeschwören, wenn man den armen Leuten die paar Hundert Millionen gibt.

Wir hätten geglaubt, daß speziell gerade Herr Kiefer, als aus der Arbeiterklasse hervorgegangen, Verständnis für einen derartigen Antrag gezeigt hätte, für einen Antrag, der wirklich helfen will, der kein Agitationsantrag ist. Denn, daß es ein Agitationsantrag ist, müssen wir mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Es ist ein Antrag, der, wenn er angenommen wird, auch Euren Freunden von der Volkspartei die Möglichkeit gibt, die Reichsregierung zu veranlassen, für die Ärmsten der Armen dem Antrag seine Zustimmung zu geben, denn damit wird wirklich praktisch geholfen.

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Schmelzer!

Abg. Schmelzer (D.S.V.): Meine Herren! Die beiden Anträge betreffen etwas, was man zuerst mit seiner Mutterpartei im Reich besprechen müßte. Ich habe allerdings noch keine Gelegenheit gehabt, mit meiner Partei im Reich darüber zu sprechen. Wir stehen mit der Reichsregierung auf nicht gespanntem Fuß, ebenso die Mehrheit des Hauses nicht. Ich fasse nun den Antrag der Sozialdemokraten so auf, herauszuholen, was herauszuholen ist. Von diesem Gesichtspunkt aus möchte ich beantragen, beide Anträge in die Kommission zu verweisen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Petri!

Abg. Petri (S.P.): Meine Herren! Ich finde es sonderbar, daß man unseren Antrag als einen Agitationsantrag bezeichnet, zumal in der Zentrumspresse sehr viel über die Not der Sozialrentner geschrieben worden ist. Ich finde es auch deshalb sonderbar, daß Herr Kiefer sagt, wenn wir uns an die Reichsregierung wenden, daß diese nicht so ohne weiteres gefügig wäre. Ich kenne andere Anträge und auch andere Zugeständnisse, sogar Klagen gegen die Reichsregierung, die von Leuten eingeleitet worden sind, welche die Not nicht so trifft, wie die Sozialrentner, und diese Anträge sind nicht als Agitationsanträge bezeichnet worden. Das ist ein großer Widerspruch in Ihrer Haltung in dieser Frage. Ich muß nach wie vor betonen, daß es unsere Aufgabe ist, diesen Ärmsten zur Seite zu stehen. Die Reichsregierung hat gemäß dem Friedensvertrag die Verpflichtung, Unterstützung zu gewähren. Der Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion besagt auch nichts von einer Beitragserhöhung, sondern will nur, daß die Reichsregierung an die einzelnen Notleidenden entsprechende Zuschüsse leistet.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Wenn der Sache gedient werden soll, wäre es klüger gewesen, man hätte diese Angelegenheit nicht in der Öffentlichkeit, sondern auf dem Wege wie bisher behandelt, um diesen notleidenden Menschen helfen zu können. Ich kann nicht vom Reich verlangen, du mußt das und das tun. Damit haben wir immer noch nichts erreicht. Wenn ich aber angenommen, zuerst eine halbe Million erreiche und nachher noch einmal, dann habe ich praktische Arbeit geleistet. Ich mache es damit den Instanzen nicht schwer. Es wäre viel besser gewesen, man hätte die Dinge in der Kommission beraten. Es ist demagogisch so zu tun, als wenn die übrigen Parteien kein Erbarmen mit der Not der armen Leute hätten.

Dadurch ist nichts erreicht. Ich muß zusehen, was man in dieser Hinsicht praktisch bekommen kann, und nicht durch solche Anträge die Reichsregierung verhindert, hier praktisch einzugreifen. Das sollte man sich endlich einmal merken, daß wir mit der Reichsregierung zusammenarbeiten müssen.

Vorsitzender:

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Eifler!

Abg. Eifler (K.P.): Es berührt mich komisch, wenn ich die Versuche des Abgeordneten Kiefer sehe, die ich als verzweifelte Windungen betrachte, um den Antrag der Kommunistischen Fraktion herum zu kommen. Wenn ich mir das besehe, so muß ich feststellen und an das erinnern, was Herr Kiefer vorhin gesagt hat. Er sagte: "Wenn alle Kommunisten mich dauernd durch den Kakao ziehen, so werde ich trotzdem gemeinsame Sache machen, wenn es gilt, dem Volke zu dienen". Und da muß ich feststellen, daß er jetzt dem Antrag der Kommunistischen Fraktion nicht zustimmen kann. Und das muß ich als Demagogie bezeichnen. Ich glaube feststellen zu müssen, daß die verzweifelten Windungen der Zentrumsfraktion lediglich daraus entspringen, weil sie zu unachtsam waren, die Anträge selbst zu stellen. Wenn Sie deshalb diesem Antrag nicht zustimmen können und wollen, dann können Sie also auch dem Volke nicht dienen.

Hoffmann (S.P.) fortf.: Der Antrag ist dann nochmals den einzelnen Fraktionen zugesandt worden. Man hätte sich damit befassen können, und wir haben uns damit befaßt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir ganz gut in dieser Frage etwas tun können und auch etwas tun müssen. Denn mein Freund Petri hat bereits darauf hingewiesen, daß ja auch Beamte das Reich verklagt haben. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß auch wir an die Reichsregierung Forderungen haben; ebenso wie wir an die Regierung des Saargebietes viele Forderungen zu stellen haben, haben wir auch solche an die Reichsregierung zu stellen, und wir genieren uns nicht, das zu tun.

Ich betone nur das eine, daß, wie gesagt, der Antrag der Kommunisten nur vorsieht, daß die Versicherungsträger das Geld bekommen. Damit haben die Leute nichts. Wir wollen doch den Leuten helfen. Nun heißt es richtig, daß auf Grund der Verhandlungen, die zwischen den Gewerkschaften und der Reichsregierung geführt worden sind, die außerhalb des Saargebietes Wohnhaften Zuschüsse berechnet bekommen. Es schweben aber auch Verhandlungen, daß auch die innerhalb des Saargebietes Wohnenden die Gelder zugeführt bekommen. Nach meinem Dafürhalten kann die Zentrumsfraktion ebenso wie die Fraktion der Volkspartei unserem Antrag zustimmen. Ich weiße darauf hin, daß sie ja 3 - 4 Monate vorher über die Sachlage Bescheid wußten.

Wir vertreten die Auffassung, daß über unseren Antrag abgestimmt werden soll, weil es praktisch keinen Zweck hat, die Verhandlungen hinauszuschieben.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Gärtner!

Abg. Gärtner (Z): Meine Herren! Ich finde es für sehr müßig, daß wir uns über diese Frage stundenlang unterhalten. Die Gewerkschaften beider Richtungen haben doch Fahrt gelaufen nach Berlin und auch zu den bayrischen Stellen, um etwas zu erreichen.

Ihr Antrag läuft darauf hinaus, auf volle Aufwertung der Rücklagen. Wie weit nach den Bestimmungen des

LH Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4

des Aufwertungsgesetzes etwas erreicht wird, wissen wir nicht. Soweit der Saarbrücker Knappschaftsverein infrage kommt, ist ein schriftlicher Bescheid am 10. 2.26. eingegangen, wonach der Anspruch für die Versicherung beim Saarknappschaftsverein 52.009.-Mark ausmacht. Deshalb soll man auch nicht einen Antrag zum Gegenstand eines Streites machen, womit man letzten Endes doch nicht zum Ziele kommen kann. Warum streiten wir uns denn.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

Ich bin der Auffassung, daß man der Arbeiterschaft sagen muß, den Zentrumsführern nicht auf den Mund, sondern auf die Taten zu schauen. Wir wollen doch die Regierung und auch die deutsche Regierung zwingen, das gutzumachen, was ihre Pflichten sind. Hier müssen doch Gründe vorhanden sein, wenn Sie sagen, unser Antrag ist ein Agitationsantrag. Das können Sie nicht aufrechterhalten und sind Sie dagegen, dann müssen auch Gründe vorhanden sein und wir wären neugierig, diese zu erfahren.

Die Bergwerkszeitung hat neulich einen Artikel gebracht, den ich auch Herrn Röchling empfehlen würde. Die Bergwerkszeitung schreibt: "Es ist zu bedauerlich, daß das Geld, das von der Arbeiterschaft aufgebracht wird, in die Taschen der französischen Kapitalisten fließt." Das Blatt hat allerdings Herrn Röchling vergessen, der auch seinen Teil erhalten hat.

Herr Gärtner hat den Saarbrücker Knappschaftsverein angezogen. Hierzu möchte ich sagen, daß nach dem Aufwertungsgesetz der Saarbrücker Knappschaftsverein ungefähr 24 Millionen Goldmark erhält. Wenn wir diese 24 Millionen den armen Pensionären geben würden, wäre den Leuten etwas geholfen; aber Ihr seid ja dagegen. Wenn Ihr nicht dagegen seid, warum stimmt Ihr nicht dafür, und warum wollt Ihr den Antrag in der Kommission verfaulen lassen? Der Antrag ist doch schon im Juli eingegangen. Mit dem leeren Geschwätz von der Not der Sozialrentner ist den Leuten nicht geholfen. Zum Teufel noch einmal! Wenn unsere Partei die Regierung in der Hand hätte, wir würden uns nicht so dranstellen wie Sie.

(Glocke ertönt!)

Das sind selbstverständliche Dinge. Ich muß deshalb folgendes feststellen: Entweder Sie stimmen für den Antrag, der die Reichsregierung verpflichtet, etwas zu tun für die Sozialversicherten, oder Sie stimmen dagegen, indem Sie diesen Antrag in die Kommission verweisen.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Wenn die Sozialrentner von Worten satt werden könnten, wären sie schon längst satt geworden. Ich bin der Überzeugung, wenn die Kommunisten die Alleinherrschaft hätten, wären sie schon längst gestorben. Wenn die Beamten das Reich verklagen, und es ist etwas dabei herausgesprungen,

LHA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

herausgesprungen, so ist das doch etwas ganz anderes, als wenn wir hier im Landesrat der Reichsregierung einen solchen Beschluß unterbreiten. Und ob der dann auch sofort verwirklicht wird? Ja, wenn wir hier Gesetze machen könnten, dann wäre das etwas anderes. Dann würde ich sofort sagen: Jawohl, wir stimmen alle der Aufwertung zu. Aber bei dieser Sachlage hat unser Beschluß keine Wirkungskraft. Deshalb ist es klug, diese Dinge so hinzustellen, wie sie sind. Denn auf die andere Weise erreichen wir doch nichts.

(Zuruf des Abg. Reinhard: "Das ist bedauerlich!")

Für unsere Politik sind nur praktische Gründe maßgebend. Die Zentrumspartei gibt nur solchen Anträgen in sozialer Hinsicht ihre Zustimmung, die der Arbeiterschaft auch wirklich etwas einbringen. Und daß wir in sozialer Hinsicht praktische Arbeit leisten gegenüber denjenigen, die das Volk nur aufpeitschen und ihm garnicht dienen können, ist bekannt. Wenn Sie zustimmen, daß die Anträge in die Kommission kommen sollen, dann werden auch die Gewerkschaften sagen, daß das der richtige Weg ist.

Vorsitzender: Eine Verschleppung der Angelegenheit kann nicht in Frage kommen, da die Kommission sofort dazu Stellung nehmen wird. Es ist der Antrag gestellt worden, den Antrag in die Kommission zu verweisen.

Ich frage, wer ist für Überweisung in die Kommission?

-Dafür stimmen Zentrum und Deutsch-Saarl. Volks= Partei-.

(Zuruf des Abg. Reinhard: "Pfui Teufel!")

(Glocke des Vorsitzenden!)

Herr Reinhard, ich rufe Sie zur Ordnung!

Wir nehmen nun die Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion vor, die zum Teil in der Fraktionsführer-Besprechung bereits angekündigt waren.

Ich bitte den Beisitzer Herrn Betz, diese zu verlesen.

Abg. Betz (S.P.)

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4 I

Abg. Betz (S.P.): Der 1.Antrag lautet:

A N T R A G

der Sozialdemokratischen Landesratsfraktion.

Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat alsbald eine Vorlage zur Begutachtung zugehen zu lassen, welche eine wesentliche Erhöhung aller Leistungen aus der Sozialversicherung vorsieht.

Begründung:

Die durch die Erlasse des Herrn Regierungskommissars für Sozialversicherung vorgenommene Erhöhung der Sozialrenten hat keinesfalls die gestellten Erwartungen erfüllt. Seit dieser Erhöhung ist dazu die Teuerung wieder wesentlich gestiegen, sodaß eine weitere Erhöhung der Sozialrenten unbedingt notwendig ist. Es ist aber auch ferner notwendig, daß eine Angleichung der saarländischen Renten an die Renten im übrigen Deutschland zur Durchführung gelangt.

Vorsitzender: Sollen wir über die Anträge einzeln beraten oder diese insgesamt vornehmen?

(Zurufe: "Insgesamt!")

Abg.Betz (S.P.): Der 2.Antrag lautet:

A N T R A G

der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates.

--

Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat alsbald eine Vorlage zur Begutachtung zugehen zu lassen, welche eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorsieht.

Begründung:

Die jetzigen Erwerbslosenunterstützungssätze sind bereits seit 1.Januar 1926 maßgebend. Seit dieser Zeit ist jedoch die Teuerung um mehr als 40 % gestiegen, sodaß unbedingt eine Erhöhung der Unterstützungssätze Platz greifen muß. Die bereits am 1.1.1926 festgesetzten Sätze entsprechen aber auch damals keinesfalls den Teuerungsverhältnissen. Es ist deshalb nicht nur die Erhöhung auf Grund dieser gestiegenen Teuerung, sondern auch eine weitere Erhöhung vorzunehmen, damit die Unterstützungssätze des Saargebietes an dieselben des übrigen Deutschlands angepasst werden.

Der

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5 A4 I

316
321

Der 3. Antrag lautet:

A N T R A G

der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates.

--

Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat alsbald eine Vorlage zur Begutachtung zugehen zu lassen, welche einen wesentlichen Abbau der Umsatzsteuer vorsieht.

Begründung:

Die jetzige Höhe der Umsatzsteuer belastet die Waren sehr stark, sodaß dadurch eine Steigerung der Teuerung einsetzt. Die Höhe der Umsatzsteuer im Saargebiet ist durch die eingetretene Teuerungssteigerung unhaltbar geworden, insbesondere deshalb, weil auch im übrigen Deutschland ein wesentlicher Abbau derselben Steuer vorgenommen wurde. Eine Angleichung an die Umsatzsteuer des übrigen Deutschlands ist dringend notwendig.

Der 4. Antrag lautet:

A N T R A G

der Sozialdemokratischen Fraktion des Landesrates.

--

Der Landesrat wolle beschließen: Die Regierungskommission wird ersucht, dem Landesrat alsbald eine Vorlage zugehen zu lassen, welche eine Abänderung der Verordnung betr. die Einkommenbesteuerung in der Weise vorsieht, daß

1) die steuerfreien Beträge (Existenzminimum) in den §§ 7 und 57 wesentlich erhöht werden;
2) die Lohnsteuerpflichtigen, welche keiner Veranlagung unterliegen, auch mit ihrer Kommunal- und Kirchensteuerleistung ganz abgegolten sind.

Begründung:

Der Landesrat hatte bei Beratung der Abänderungsvorlage zur Verordnung betr. die Einkommenbesteuerung in seiner Sitzung vom 13.4.1926 eine Angleichung an die steuerfreien Beträge des Reichseinkommensteuergesetzes beantragt. Diesem Antrage ist bei Erlaß der Verordnung jedoch bei weitem nicht entsprochen worden. Die Beträge wurden nur unbedeutend erhöht. Seit dieser Erhöhung (1. Januar 1926) ist aber wieder eine gewaltige Teuerungssteigerung entstanden. Dieselbe beträgt etwas

mehr

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

mehr wie 40 %, sodaß unbedingt eine steuerliche Entlastung durchgeführt werden muß. Die Lohnsteuerpflichtigen vermögen die jetzige steuerliche Belastung nicht mehr zu tragen. Insbesondere ist die Nacherhebung an Kommunal- und Kirchensteuern -wenn keine Veranlagung erfolgt-, zu beseitigen. Den Lohnsteuerpflichtigen kann nicht zugemutet werden, neben ihrer in Abzug gebrachten Lohnsteuer auch noch die Ausfälle zu decken, die teilweise deshalb entstehen, weil die Veranlagungsbehörden nicht vorwärts mit den Veranlagungen kommen.

Die Einkommensverhältnisse der breiten Volksmasse sind heute so schlecht, daß unbedingt eine steuerliche Erleichterung vorgenommen werden muß.

Vorsitzender: Wird zu den Anträgen von den Antragstellern das Wort gewünscht?

Abg. Hoffmann (S.P.): Wir verzichten auf eine weitere Erklärung.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Meine Herren! Wir haben die Anträge zur Kenntnis genommen und haben dazu zu sagen, daß wir unterm 20.Okt.ds.Js. der Regierungs-Kommission genau formulierte Anträge zugeleitet haben und zwar waren dies Anträge, welche betreffen: Antrag betr. Sozialversicherung, Antrag betr.Lohngestaltung, Antrag betr.Steuerreform, Gestaltung des Saargebietes nach der Rückkehr zu Deutschland.

Hier möchte ich zum Unterschied darauf aufmerksam machen, daß wir berechtigt sind, die Forderungen der Regierung zuzustellen, mit der wir zusammenarbeiten.

(Zuruf Dr.Sender: "Das Recht haben wir auch"!)

Herr Dr.Sender, das wissen Sie auch. Ein Kollege von Ihnen war dabei, auf welche Art und Weise wir den armen Teufels, -wenn wir das Wort einmal gebrauchen sollen-, helfen wollten.

(Zuruf Dr.Sender: "Sie sind immer sehr empfindlich, Herr Kiefer, wenn von der Reichsregierung etwas gesagt wird!")

Ich bin nicht empfindlich. Für uns gilt es, in allen Dingen klar zu sehen.

Dann haben wir gefordert, daß sofort Verhandlungen mit dem französischen Staat aufgenommen werden sollen. Dann eine Ergänzung des Gegenseitigkeits-Abkommens. Ferner verlangten wir Einwirkungen auf

L H Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4 1

318
323

auf die privaten Pensionskassen.

Weil nun diese Anträge dasselbe sind, stimmen wir den Anträgen der Sozialdemokratie zu.

Betreffend den Antrag betr. Lohnsteuerwesen verlangen wir auch heute noch, daß dieses Gesetz ausgestaltet wird im Sinne des deutschen Gesetzes, welches weit praktischer ist.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Wir als Kommunistische Partei haben eine Reihe von Anträgen angeregt, die die Anträge der Sozialdemokratischen Partei in verschiedener Form erweitern und darüber hinausgehen, z.B. der Antrag betreffend die Steuerfrage. Wir sind da grundsätzlich gegen eine Besteuerung von Lohn und Gehalt. Wir beantragen, daß diese Anträge verlesen werden.

Vorsitzender: Dann gehen diese Vorlagen der Sozialdemokraten mit den gemachten Äußerungen zu Protokoll der Regierung in der Weise, wie die Parteien sich geäußert haben.

(Zuruf des Abg. Schmelzer (DSV): "Auch bezüglich des Lohnsteuerantrages und des Antrages des Zentrums stimmen wir zu!")

Es sind nicht weniger als 8 Anträge seitens der Kommunistischen Fraktion eingegangen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Kommunistische Fraktion in der Fraktionsführer-Besprechung keinen Antrag angekündigt hat und es deshalb nicht möglich war, die Schritte zu veranlassen, um Stellung dazu zu nehmen. Soweit die Kommunistische Fraktion die Anträge den übrigen Parteien noch nicht hat zugehen lassen, bitte ich, dies so rasch als möglich zu tun, damit in der nächsten Kommissionssitzung dazu Stellung genommen werden kann.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.):

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

Abg. Reinhard (K.P.): Ich habe in der Fraktionsführerbesprechung erklärt, daß wir diese Anträge einbringen. Wenn diese nicht in alle Hände gelangt sind, so ist das ein Versehen. Wir verwahren uns aber gegen die Methode, einfach zu sagen, die Anträge seien nicht bekannt gewesen. Genau wie die übrigen Parteien verlangen wir, daß unsere Anträge hier bekanntgemacht werden. U.a. haben wir einen Antrag eingebracht, der von der endgültigen Stellungnahme der Parteien abhängig ist. Der Antrag lautet:

" A N T R A G

der Kommunistischen Landesratsfraktion.

Der Landesrat möge beschließen:

Die Regierungs-Kommission besitzt nicht das Vertrauen des Landesrates.

Gründe:

Die Regierung wurde von dem Völkerbundsrat als Sachwalterin eingesetzt, um die Ausbeutung des Saargebietes zu überwachen. Sie übt die Regierungsgewalt vollständig einseitig zu Gunsten der herrschenden Klasse aus. Die berechtigten Forderungen der unteren Beamten und der Arbeiterschaft auf Erhöhung ihrer Löhne werden stets zurückgewiesen. Die Sozialversicherung ist zu einer Farce geworden. Die Steuerlasten, welche durch die Regierung sogar gegen den Willen des Landesrates festgesetzt wurden, drücken das schaffende Volk buchstäblich zu Boden, während auf der anderen Seite Großindustrie und Bergwerksverwaltung weitgehende Schonung genießen. Die meisten Beschlüsse des Landesrates werden von der Regierung einfach außer Acht gelassen.

Die von dem Völkerbund eingesetzte Regierungskommission übt ihre Amtsgewalt mithin nur im Interesse der herrschenden Klasse aus. Das Recht der Selbstbestimmung der Nationen, welches von dem Völkerbund proklamiert wird, wird dadurch zu einer Phrase. "

Ich bitte die Parteien, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

Vorsitzender: Ich muß bemerken, daß dieser letzte Antrag nicht bekannt war.

Abg. Reinhard (K.P.) fortfahrend: Ich habe den Antrag heute morgen Herrn Kiefer in die Hand gegeben!

Wir haben weiter einen Antrag in der Steuerfrage eingereicht und darüber Abstimmung verlangt. Ich weiß

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4 I

weiß nicht, warum man diesen Antrag zurückstellt. Vielleicht deshalb, weil er weitergehend ist, wie der der Sozialdemokraten? Aber die Steuerfragen sind doch allgemein bekannt und zwar ebenso bekannt, wie die Tatsache, daß die Steuern auf dem schaffenden Volk schwer lasten. Nicht verstehen kann man, daß man speziell den Antrag der Kommunistischen Fraktion nicht zur Verlesung bringt. Unseren Standpunkt zu der Steuerfrage haben wir in dieser Entschließung klargelegt. Deshalb ist es notwendig, daß auch wir unsere Forderungen, die wir an die Regierung stellen, hier vorbringen. Denn eine gemeinsame Regelung der Steuerfrage ist unbedingt notwendig, weil das schaffende Volk das nicht mehr länger ertragen kann. Deshalb ist es notwendig, daß wir als Fraktion uns mit den Armen der Ärmsten befassen, die durch die niedrigen Löhne schon genug gedrückt sind. Wir fordern deshalb, daß der Landesrat beschließen soll:

1. Die Lohn- und Gehaltssteuer vom 7.12.1923 wird aufgehoben;
2. Die Verordnung betreffs Einkommensteuer vom 7.12.23 wird nach folgenden Grundsätzen abgeändert. Die steuerfreie Grenze des Einkommens wird auf wertbeständiger Grundlage abgeändert. Diese Grenze wird für den Steuerpflichtigen selbst auf einen Frankenbetrag festgesetzt, welcher einem Wert von 150 Reichsmark entspricht. Die steuerfreie Grenze wird für jede dem Familienstand eines Steuerpflichtigen angehörende Person um einen Betrag in Franken erhöht, der dem Wert von 50 Reichsmark entspricht. Den Gemeinden ist der volle Ertrag der Einkommensteuer zuzuweisen.
3. Die Verordnung betr. Erhebung einer Umsatzsteuer vom 8.12.23 wird aufgehoben.
4. Die Verordnung betr. die Erhebung indirekter Steuern vom 30.4.23 wird aufgehoben.

Meine Herren, ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender: Das ist der weitergehende Antrag. Ich beantrage, die sämtlichen Anträge der Kommunistischen Fraktion en bloc der Kommission zu überweisen.

Abg. Reinhard (K.P.): Dagegen protestieren wir. Die Anträge sind sämtlichen Parteien des Landesrates zugegangen und zwar durch das Büro des Landesrates. Bezüglich des Antrages betreffend die Erwerbslosen bemerke ich, daß die Not der Erwerbslosen derartig groß ist, daß man einen solchen Antrag nicht ohne weiteres ganz einfach in die Kommission verweisen kann.

Wir beantragen, über die Anträge der Erwerbslosen abzustimmen und bitten die übrigen Parteien, diesen Anträgen zuzustimmen. Wegen der Not der Erwerbslosen, die wirklich vorhanden ist, beantragen wir, daß wenigstens dieser Antrag unbedingt zur Abstimmung gebracht wird.

Vorsitzender:

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Kiefer!

Abg. Kiefer (Z): Dem Antrag der Erwerbslosenunterstützung wird sofort zugestimmt mit dem Bemerken, daß es Pflicht der Regierung ist, die Sätze zu erhöhen.

Vorsitzender: Zu der Frage der Erwerbslosenunterstützungssätze ist heute bereits ein Antrag eingebracht worden. Es ist dies die Resolution der Erwerbslosenversammlung, die heute in Saarbrücken tagt. Diese Resolution machen sich die Kommunisten zu ihrem Antrag.

(Zuruf des Abg. Becker: "Das ist kein Antrag!")

(Zuruf des Abg. Eifler: "Was, das ist kein Antrag? Dann haben Sie aber einen komischen Begriff von einem Antrag!

Die Kommunistische Fraktion macht diese Entschliessung zu ihrem Antrag, und will heute, ohne daß eine Beratung in der Kommission stattgefunden hat, darüber abgestimmt haben.

(Zuruf des Abg. Levacher: "Ich bin persönlich nicht im Bilde, was in dieser Entschließung drin steht!")

Ich stelle fest, daß der Antrag, heute um 10 Uhr eingelaufen ist. Darüber abzustimmen wäre eine große Zumutung. Ich lasse darüber abstimmen.

Das Wort hat der Herr Abg. Eifler!

Abg. Eifler (K.P.): Ich bitte um's Wort zur Geschäftsordnung!

Ich muß dagegen protestieren, daß man einer Fraktion verbietet, ihre Anträge zur Verlesung zu bringen. Ich stelle fest, daß der Herr Vorsitzende die Anträge en bloc in die Kommission verweisen will. Wenn das so weitergeht, dann wird das Parlament zur Faxe gemacht.

(Zuruf: "Das heißt Farce!")

Dann bringen Sie nächstens Ihr Lexikon mit.

Vorsitzender: Es ist beantragt, die Anträge in die Kommission zu verweisen. Auf Grund dieses Antrages frage ich Sie; wer dafür ist, daß die Anträge in die Kommission verwiesen werden, möge die Hand erheben.

- Dafür stimmen Zentrum und Deutsch-Saarl.= Volkspartei. -

(Zuruf des Abg. Reinhard: "Pfui Teufel!")

(Glocke des Vorsitzenden!)

Herr Reinhard, ich rufe Sie zur Ordnung!

Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4 I

Abg. Reinhard (K.P.): Ich habe noch einen Mißtrauensantrag gegen die Saarregierung eingebracht. Es ist merkwürdig: Alle schimpfen sie wie die Rohrspatzen auf die Saarregierung, und ich kann nicht verstehen, daß man sich dann an einer Stellungnahme gegen die Regierung vorbeidrücken will. Ich weiß nicht, ob das damit zusammenhängt, weil Herr Levacher heute in seiner Partei erklärt hat, auch er hätte ganz gut zu Mittag gegessen. Aber, es wäre sehr interessant, die Stellungnahme des Zentrums zu erfahren, in der nach meiner Auffassung zwei verschiedene Richtungen bestehen. Die eine lobt die Regierung über den grünen Klee und die andere erkennt die Regierungstaktik nicht an. Ich bin der Auffassung, daß hier Klarheit geschaffen werden muß, ob die Regierung das Vertrauen des Hauses besitzt.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Levacher!

Abg. Levacher (Z): Wir lassen uns von Herrn Reinhard den Zeitpunkt nicht vorschreiben, wann wir die Erklärung abgeben. Dann, Herr Reinhard, kamen Sie darauf zu sprechen, daß ich bei Herrn Stephens eingeladen war und Sie scheinen anzunehmen, daß ich ein Anhänger des Herrn Stephens wäre. Wenn Sie einmal im Johannishof im katholischen Vereinshaus zu Mittag essen, dann nehme ich auch nicht an, daß Sie einem katholischen Verein angehören.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Schmelzer!

Abg. Schmelzer (D.S.V.): Meine Herren! Den Beamten, welche dem Saargebiet vom Deutschen Reich zur Verfügung gestellt wurden, sind im Jahre 1920 gewisse Versprechungen gemacht worden. Diese haben nun versucht, ihre Ansprüche auf dem Klagewege geltend zu machen, sind aber nicht durchgedrungen. Nun hat die Reichsregierung den Beamten Zuwendungen machen wollen, doch kann die Teuerungsbeihilfe wegen dem Widerstand der Regierungs-Kommission nicht zur Auszahlung gelangen.

(Glocke des Vorsitzenden!)

Vorsitzender: Meine Herren! Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

Abg. Schmelzer fortfahrend: Ich schlage deshalb folgenden Antrag vor:

" A N T R A G

der Deutsch-Saarländischen Volkspartei.

Der Landesrat hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Reichsregierung bereit ist, den Beamten des Saargebietes eine einmalige Teuerungsbeihilfe zu gewähren. Er bedauert es, daß die Regierungskommission bis jetzt den Beamten die Genehmigung zur Annahme dieser Beihilfe versagt hat.

Der Landesrat ersucht die Regierungskommission, angesichts der großen Notlage der Beamtenschaft, recht bald mit der Reichsregierung eine Vereinbarung zu treffen, die geeignet ist, eine Linderung der bestehenden Notlage herbeizuführen. "

Vorsitzender:

LHA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4 I

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Brettar!

Abg. Brettar (S.P.): Meine Herren! Ich stelle fest, daß uns dieser Antrag erst zu Beginn der Sitzung zugegangen ist. Im Grunde genommen haben wir nichts dagegen, wenn die Reichsregierung Geld zu viel hat und es den saarländischen notleidenden Beamten geben will. Wir können dies aber erst dann akzeptieren, nachdem die wirklich notleidenden "die Sozialrentner" und "die Arbeiterschaft" betreut worden sind. Meine Herren! Sie selbst und Ihr Mitglied, Herr Röchling, haben angeführt, daß die Arbeiterschaft des Saargebietes Ungeheueres geleistet und mit dazu beigetragen habe, daß das Deutschtum an der Saar erhalten blieb. Daher ist auch die Reichsregierung verpflichtet, der Arbeiterschaft und den Sozialrentnern sich dankbar zu zeigen. Der Antrag, der uns vorliegt, spricht nur von Beamten.

Meine Herren! Es ist nun in Wirklichkeit so -und der Herr Schmelzer dürfte unterrichtet sein-, daß 40 % der Beamtenschaft bei dieser Betreuungsaktion leer ausgehen und zwar alle, die nach dem 10. Mai 1920 Beamte geworden sind. Gerade diese 40 %, welche leer ausgehen, sind zu 39 % untere Beamte. Diese Leute können nichts dafür, daß sie nicht mehr unter preußischer und bayrischer Herrschaft zu Beamten ernannt wurden. Das dürfte auch die Reichsregierung bewegen, nicht einseitig handeln zu können, sondern sie muß dort Not lindern, wo welche vorhanden ist. Also im Grunde genommen ist unsere Fraktion nicht dagegen, wenn die Reichsregierung Geldmittel hat, die sie dem Saargebiet zur Verfügung stellen will. Grundsätzlich vertreten wir jedoch die Auffassung, daß man dort anfangen soll, wo die größte Not ist. In Wirklichkeit ist es so, daß z.Zt. im Saargebiet in der Arbeiterschaft, in den Kreisen der Industrie und Staatsarbeiter, ein großer Teil der Arbeiter den allergrößten und bittersten Hunger leidet. Die Lohnerhöhungen halten keineswegs Schritt mit der Teuerung, und somit befindet man sich dauernd in Lohnbewegungen, die bei der Regierungskommission so gut wie gar kein Gehör finden. Die Besserung des Franken trägt mit dazu bei, daß man unsere Lohnforderungen in den Hintergrund gedrängt hat. Andererseits hat die Besserung des Franken noch nicht veranlasst, daß die Geschäftswelt daran denkt, mit einem Preisabbau zu beginnen. Auf der einen Seite sehen wir größte Not und daher Lohn- und Gehaltsforderungen und auf der anderen Seite trotz Besserung des Franken eine steigende Teuerung. Es ist die Pflicht der Regierung, daß alles getan wird, um baldmöglichst eine Preisreduzierung innerhalb der Geschäftswelt herbeizuführen. Wenn der Franken sich bessert, dann muß das auch bei der Preisbildung berücksichtigt werden.

Meine Herren! Ein weiterer Umstand ist der, daß jetzt die Saarregierung sich schon verpflichtet fühlt -um möglichst die Rückwirkungen bei der Wiedervereinigung des Saargebiets mit Deutschland nicht allzukraß in Erscheinung treten zu lassen-, eine Personalverminderung im Staatsbetriebe vorzunehmen, und zwar sollen Handwerker und Arbeiter der höheren

LA Saarbrücken
Stenographische Berichte Band Nr. 5
A4

höheren Lohngruppen in niedriger entlöhnte Beschäftigung überführt werden, also das Gegenteil von dem, was wir fordern. Und für diese Reduzierung aus höheren Lohngruppen in niedrigere soll ein großer Teil der Eisenbahnbediensteten der Saarbahnen -die sogenannten Zeitarbeiter- zur Entlassung kommen. Das bedeutet in diesem Moment eine Vermehrung unserer Arbeitslosen.

Es wäre daher unbedingt notwendig, daß Sie Ihre Zustimmung zu dem Antrage der Sozialdemokratischen- und Kommunistischen Fraktion vorhin gegeben hätten.

Wir können unsere Zustimmung zu dem Antrage der Deutsch-Saarländischen Volkspartei nicht ohne Abänderung geben. Es muß heißen, daß die Reichsregierung diese Mittel im Saargebiet so zur Verteilung bringt, daß vor allem die Sozialrentner, die Arbeiterschaft und die unteren Beamten betreut und nicht vergessen werden.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Ulrich!

Abg. Ulrich (K.P.): Wir schließen uns den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners in soweit an, daß wir sagen, daß die Reichsregierung zuerst der Arbeiterschaft helfen muß. Weiter muß die Reichsregierung daran denken, daß die Gelder an untere und mittlere Beamte in gleicher Weise ohne Ausnahme verteilt werden. Wir lehnen es ab, den oberen Beamten auch nur einen Centimes zukommen zu lassen, da diese schon viel zu viel gegenüber den Löhnen der Arbeiterschaft haben.

Dem Antrag in der vorliegenden Fassung zuzustimmen, lehnen wir ab.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Martin!

Abg. Martin (Z): Meine Fraktion wünscht, daß der Antrag in die Kommission verwiesen wird.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Reinhard!

Abg. Reinhard (K.P.): Die Ausführungen des Herrn Ulrich haben schon dargelegt, daß wir auch für Verweisung an die Kommission sind.

Vorsitzender: Es ist also der Wunsch geäußert worden, den Antrag in die Kommission zu verweisen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich Ihr Einverständnis fest, den Antrag in die Kommission zu verweisen.

Das.

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4 1

Das Wort hat der Herr Abg. Schmelzer!

Abg. Schmelzer (DSV): Ich möchte folgende Anfrage an den Herrn Staatskommissar richten:

Ist der Herr Staatskommissar in der Lage, dem Landesrat Auskunft darüber geben zu können, wie weit die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und der Regierungskommission bezüglich der Einbeziehung des Saargebietes in den Luftverkehr gediehen sind.

Staatskommissar Dr. Heim: Zu dieser Frage kann ich mitteilen, daß eine grundsätzliche Übereinstimmung erzielt worden ist. Der Bericht der Vertreter der Regierungskommission liegt z.Zt. den Mitgliedern der Regierungskommission vor.

Vorsitzender: Das Wort hat der Herr Abg. Becker!

Abg. Becker (Z): Ich möchte noch folgende Frage stellen:

" Laut Pressenachrichten sind im Saargebiet, anscheinend gegen den Willen der Oberpostdirektion, Telefonmaterialien eingeführt worden, die minderwertig sind und für den Verkehr eine erhebliche Behinderung bedeuten. Wir bitten die Regierungskommission um Mitteilung, ob die Pressenachrichten den Tatsachen entsprechen und welche Stelle die Verantwortung für diese Mißgriffe trägt. "

Staatskommissar Dr. Heim: Ich bedauere, Herrn Becker keine Antwort geben zu können, da die Frage nicht vorher gestellt wurde und keine Gelegenheit gegeben war, Informationen einzuholen.

Vorsitzender: Die Tagesordnung ist erschöpft, und ich bitte die Mitglieder um zahlreiche Beteiligung an den Kommissions-Sitzungen.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß 12 Uhr 55 Minuten.

---000---

LA Saarbrücken Stenographische Berichte Band Nr. 5

A4